

Meldungen

zusammengestellt von Karl-Heinz Krämer

Offizielle Zahlen

Offiziellen Statistiken zufolge sollen während der vergangenen 18 Monate in Zusammenhang mit dem Aufstand maoistischer Gruppierungen in verschiedenen Gebieten Nepals über 1600 Personen inhaftiert worden sein. Verfahren wurden gegen 700 von ihnen eingeleitet, wobei sich noch mehr als 200 Menschen in Polizeigewahrsam befinden. Über die Zahl der Toten hingegen wurde nichts bekannt. Der Innenminister, Rebatī Raman Pokhrel, betonte, daß das Maoisten-Problem nicht annähernd so gravierend sei, wie es von den Medien dargestellt würde.

Pradip Nepals Statement zur Republik

Pradip Nepal, einer der führenden Politiker der 'Communist Party of Nepal-United Marxist Leninist' (CPN-UML), erklärte in einem Interview der Zeitung 'Ajko Samachar Patra', jeder demokratisch eingestellte Politiker strebe letztlich die Schaffung einer Republik an. Diese Stellungnahme führte zu heftigen Protesten anderer Parlamentarier. Insbesondere die 'National Democratic Party', Koalitionspartner der UML, versuchte deutlich zu machen, daß man für eine konstitutionelle Monarchie eintrete. Vor dem Hintergrund der Satzung der UML

ist die Aufregung unverständlich. Dort wird nämlich die Republik als Grundziel der Parteipolitik deklariert.

Spannungen in der CPN-UML

Trotz des überragenden Erfolges bei den lokalen Wahlen dauern die innerparteilichen Auseinandersetzungen an. Es haben sich dabei zwei Fraktionen gebildet, eine unter der Führung des stellvertretenden Premierministers Bam Dev Gautam und C. P. Mainali, die andere unter Führung von Generalsekretär Madhav Kumar Nepal und Khadga P. Oli. Der Streit wird öffentlich über diverse nepalisprachige Wochenzeitungen ausgetragen. Ein Beispiel sind 'Budhabar', das offizielle Sprachrohr der CPN-UML, und die UML-nahe Zeitung 'Jana Astha'. Während Budhabar die Meinung von Madhav Kumar Nepal/Khadga P. Oli vertritt, verbreitet 'Jana Astha' die Haltung von Bam Dev Gautam. Weitere Zeitungen, die sich auf die Seite von Gautam stellen, sind 'Prakash', 'Surya', 'Janadharana', 'Chanbin', 'Nava Avaj' und 'Jana Ghosana'. Madhav Kumar Nepal findet Unterstützung durch 'Chalpal' und 'Pratipaksha' sowie die Monatszeitschrift 'Ekkashun Satabdhi'.

Aktuelle Konfliktpunkte sind die Lokalwahlen in Jhapa und die Ernennung von Narahari Sangraula zum Sonderbeamten am Special Police Department. C. P. Mainali und K. P. Oli sind beide Parlamentsabgeordnete des Jhapa-Distrikts. Offizieller Parteikandidat bei den Wahlen zum Distriktsratsvorsitzenden war Naresh Kharel, der den Segen von Bam Dev Gautam hatte. Gewählt wurde jedoch der von K. P. Oli unterstützte Arjun Rai, der gegen die offizielle Parteilinie kandidiert hatte. Im Gegenzug forderte die Gautam-Gruppe erfolglos die Annullierung der Wahl und Disziplinarmaßnahmen gegen Rai. Gautam seinerseits, der auch Innenminister ist, sieht sich der Kritik seiner Partei ausgesetzt, wegen der Ernennung von Sangraula, der gegen Ende der Panchayat-Zeit vom Obersten Gerichtshof wegen Verwicklung in den Drogenhandel verurteilt worden war. Gautam dürfte den jetzigen Rücktritt Sangraulas mit Erleichterung zur Kenntnis genommen haben.

Gerüchte um Regierungsumbildung

Die Spekulationen in Kathmandu über die Zukunft der 'RPP-UML-NSP'-Koalition und deren bevorstehende Ablösung reißen nicht ab. Neue Nahrung erhielten die Gerüchte durch die Aussage des 'Congress'-Präsidenten, Girija Prasad Koirala, daß seine Partei eine Alleinregierung der RPP unterstützen würde. Gleichzeitig widersprach er Vermutungen, wonach er bei der Führung einer solchen Minderheitsregierung den RPP-Präsidenten, Surya Bahadur Thapa, gegenüber dem jetzigen Premierministers, Lokendra Bahadur Chand, bevorzugen würde.

Koirala argumentiert, daß das Land durch die 'UML'-Politik ruiniert werde und die Demokratie sowie die Entwicklung des Landes gefährdet seien. Ein Mißtrauensvotum jedoch käme nur in Frage, sollten alle RPP-Abgeordneten des Repräsentantenhauses von der Gefahr der Zusammenarbeit mit den Kommunisten überzeugt sein.

Premierminister Chand hingegen zeigt sich offen gegenüber den Avancen des 'Congress'. Gleichwohl übersieht er nicht, die durch einen solchen Schritt entstehenden Abhängigkeiten.

Das Hauptproblem der derzeitigen politischen Lage ist, daß die drei einflußreichsten Parteien über Zukunft der Koalition oder Neuwahlen uneins sind: der 'Congress' bevorzugt zur Zeit eine Duldung des bestehenden Status Quo; er hofft, daß die von der Koalition begangenen Fehler letztendlich die Wähler in die Arme der Opposition, respektive der 'Congress'-Partei treiben wird. Dies wäre umso nötiger, da die Partei in den letzten Kommunalwahlen eine herbe Schlappe hinnehmen mußte (die 'UML' gewann dabei mehr als 60 Prozent der Sitze in den 'District Development Committees').

Die 'UML'-Strategen ihrerseits wollen Chand unter Druck setzen, um in vorgezogenen Neuwahlen ein für sie zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen - nämlich eine Mehrheit der UML im Repräsentantenhaus.

Unsicher über ihre Zukunft ist demgegenüber die RPP, die vor diesem Hintergrund eine abrupte kurzfristige Veränderung scheut. Für sie erscheint es naheliegend, die existierende Konstellation beizubehalten, bis sich die geteilte RPP konsolidiert hat; sei es, um die Koalition neu oder eine eigene Regierung zu formieren. Die UML, die nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen hat, wird sich jedoch nicht so leicht aus der Regierung drängen lassen. Im Falle eines vorzeitigen Endes der Regierung eröffnet ihr die Verfassung nach Artikel 42 (2) zudem die Möglichkeit, selbst eine Minderheitsregierung zu bilden - so geschehen 1994.

Ram Pradhan

Man Mohan Adhikari kritisiert Regierungspolitik seiner Partei

Der Vorsitzende der CPN (UML) und frühere Premierminister, Man Mohan Adhikari, kritisierte scharf die jüngsten Initiativen der Chand/Gautam-Regierung. Einer der Kritikpunkte war der Mangel an Information über ein mehrere Milliarden schweres Wasserkraftprojekt im Bereich Karnali/Chisapani, das von dem texanischen Enron-Konzern ausgeführt werden soll. Weder das Parlament noch die Bewohner der Region erhielten nähere Informationen.

Ferner brachte Adhikari seine Besorgnis über jüngste Presseberichte zum Ausdruck, die von einer Aufstockung des indischen Armeekontingents im Kalapani-Gebiet berichteten. Diese Gegend wird von Nepal als Teil des Darchula-Distriktes angesehen, während Indien das Territorium für sich beansprucht.

Scharf verurteilt wurde von Adhikari auch das Anti-Terroristen-Gesetz. Wörtlich sagte er: "Es ist wirklich enttäuschend, daß diejenigen, die in der Panchayat-Zeit Opfer eines ähnlichen Gesetzes wurden, heute dieses Konzept wieder erleben wollen." Der Gesetzesentwurf lasse die Befürchtung aufkommen, Nepal könne in einen Polizeistaat verwandelt werden, in dem die Grundrechte der Menschen nicht mehr geschützt würden.

Wiederbelebung von Gesetzen aus der Panchayat-Zeit

Ende Juli brachte die nepalische Regierung eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung des Terrorismus, den 'Terrorism Crime Control and Punishment Bill' im Repräsentantenhaus ein. Gleichzeitig reaktivierte die Regierung den 'Public Protection Act 2046', auch bekannt als 'Kalo Kanun' (black law), auf dessen Grundlage in der Panchayat-Zeit Menschen allein wegen des Verdachts der Systemfeindlichkeit ohne Gerichtsverhandlung auf unbefristete Zeit inhaftiert werden konnten. Dieses Gesetz war unmittelbar nach der Demokratiebewegung von 1990 außer Kraft gesetzt worden.

Die Initiative der Chand/Gautam-Regierung hatte stürmische Proteste von Menschenrechtlern und Intellektuellen zur Folge. Die Regierung sieht die Verwirklichung ihrer Pläne als einzig wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Maoisten an. Die Kritiker werfen ihr vor, Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor zu öffnen. Das geplante 'Anti-Terrorist Act' gibt den Sicherheitskräften das Recht, des Terrorismus verdächtige Personen gezielt zu töten. Damit hätten die staatlichen Sicherheitskräfte, ähnlich wie in der Panchayat-Zeit, freie Hand,

grundlegende Menschenrechte, die durch die Volksbewegung von 1990 blutig erkämpft wurden, zu mißachten.

Hintergrund der Regierungsinitiative ist die Unfähigkeit des Staates oder besser der Unwille seiner Politiker, die Ursachen des maoistischen "Volkskrieges" zu verstehen und den Konflikt mit politischen Maßnahmen zu lösen.

Optimismus nach 7. Gesprächsrunde mit Bhutan begründet?

15 Monate nach dem letzten Treffen ist wieder Bewegung in die festgefahrenen Gespräche zur Beilegung des bhutanischen Flüchtlingsproblems gekommen. Ende Juli begab sich eine vierköpfige nepalische Delegation zur Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Thimphu. Obgleich über die Ergebnisse Stillschweigen gewahrt wurde, um den Fortgang der Verhandlungen nicht zu gefährden, verbreiteten nicht genannte Quellen des Außenministeriums äußerst optimistische Prognosen. Es war in einem Bericht der 'Kathmandu Post' vom 1. August von einem Durchbruch die Rede; vermutlich könnten noch dieses Jahr die meisten der rund 100.000 Flüchtlinge in ihre bhutanische Heimat zurückkehren. Die erste Gruppe solle sich schon im September oder Oktober auf den Weg machen.

Angeblich habe man die bhutanische Regierung überreden können, ihre Aussage, die meisten der Flüchtlinge hätten das Land freiwillig verlassen, durch eine direkte Befragung der Betroffenen überprüfen zu lassen. Wer sagt, er wolle nach Bhutan zurückkehren, solle repariert werden. Die Lösung klingt in der Tat auf einmal zu einfach, um nicht berechnete Zweifel aufkommen zu lassen. Beobachter, Kommentatoren und betroffene Flüchtlinge äußerten sich durchweg skeptisch.

Rakesh Chetri (siehe auch seinen Beitrag in 'Südasiens', 3/97) vermutet indischen Druck auf Bhutan nach dem internationalen Wirbel um die Verhaftung von Rongthong Kuenley Dorji. Einen weiteren Grund für eine mögliche Gesinnungsänderung Bhutans glaubt er in den zunehmenden Spannungen zwischen der staatlich dominierenden Drukpa-Minderheit und den Sarchop Ostbhutans zu erkennen. 'Himal'-Herausgeber Kanak Mani Dixit zeigte sich überrascht, weil alle führenden Politiker Bhutans, die bei der Auslösung der Flüchtlingswelle eine Rolle spielten, weiterhin an der Macht seien. Sollten die Flüchtlinge tatsächlich nach Bhutan zurückkehren, so prognostizierte er, kämen größere Probleme auf die bhutanische Regierung zu; vertrieben worden seien politisch unbewußte Menschen, zurück aber kehrten hochmotivierte Personen.

Angesichts erneuter Ausweisungen nepalstämmiger Menschen besteht in der Tat kein Grund zu Optimismus. Der 'Rising Nepal' berichtete in seiner Ausgabe vom 15. August von der Vertreibung von zehn Personen, die in einem Straßenbauprojekt in Nordbhan arbeiteten, aber Häuser im Süden besaßen. Es handelt sich um Mitglieder von zwei Familien, deren Angehörige bereits 1992 vertrieben worden waren. Nach Auskunft der Betroffenen wurden ihre Staatsbürgerschaftspapiere von der bhutanischen Polizei beschlagnahmt und ihre Häuser niedergebrannt.

Hierzu paßt auch ein Bericht der regierungseigenen bhutanischen Zeitung 'Kuensel', wonach die bhutanische Nationalversammlung erneut die Flüchtlinge als Verräter abgestempelt habe, deren Rückkehr nach Bhutan unerwünscht sei. Auch die Vertreibung von Familienangehörigen der Flüchtlinge soll auf einen Beschluß der Nationalversammlung zurückgehen.

Unterdessen verhaftete die nepalische Polizei 16 Aktivisten des 'Appeal Movement Coordination Council' (AMCC), die vor der indischen Botschaft in Kathmandu einen eintägigen Hungerstreik durchführen wollten, um die Forderung nach der Freilassung des von Indien auf Bitte Bhutans inhaftierten Rongthong Dorji, des Vorsitzenden der 'United Front for Democracy' (UFD), zu unterstützen. Die nepalische Regierung tut offensichtlich wirklich alles, um Indien nicht mit dem Flüchtlingsproblem zu behelligen.

Kooperation zwischen Nepal und Bangladesh

Anfang August besuchte Bangladeshs Botschafter Mohiuddin Ahamad die östliche Tarai-Region. Auf einem Empfang des 'Nepal SAARC Journalists Forum' und des 'Biratnagar Press Club' unterbreitete der Botschafter eine positive Prognose für die wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder nach der Öffnung des nepalischen Seezugangs über Bangladesh. Die Verbindung über Bangladesh ist deutlich kürzer als die über Calcutta. Vertreter beider Staaten sprachen darüber hinaus von verbesserten Möglichkeiten im Rahmen der angestrebten subregionalen Kooperation der SAARC-Staaten.

Gebremst wird die Euphorie jedoch durch die Aussage von Mohammad Siddique, der von 1988-93 als Botschaftsrat an der Botschaft Bangladeshs in Kathmandu tätig war, Indien habe ihm jetzt die Ausstellung eines Visums für die Nutzung des Landkorridors über Silliguri mit dem Hinweis verweigert, es gebe doch eine direkte Flugverbindung zwischen Dhaka und Kathmandu. Han-

delsminister Budhiman Tamang kündigte unterdessen an, der Phulbari-Grenzübergang in Richtung Bangladesh solle am 1. September geöffnet werden.

Zunahme staatlicher Repressalien in Ostbhotan

Die 'United Front for Democracy in Bhutan' (UFD) berichtet von einer offensichtlichen Ausdehnung der Bürgerrechtsbewegung, in deren Folge rund 100.000 nepalstämmige Menschen aus Südbhotan vertrieben wurden, auch auf den Osten Bhutans, wo überwiegend Sharchop leben. Rinjin Dorje, einer der Führer der UFD, erklärte, im Juli und August seien zwölf Personen in den drei östlichen Distrikten Bhutans verhaftet und im Gefängnis von Shamdrup Jhongkhar inhaftiert worden, zehn weitere Personen seien aus Bhutan vertrieben worden.

Die UFD erklärte ferner, es befänden sich noch 149 politische Gefangene, die im Verlauf der letzten sieben Jahre verhaftet wurden, in bhutanischen Gefängnissen, wo sie Folterungen unterworfen würden.

Supreme Court beschäftigt sich mit nepalisch-indischen Verträgen

Nepals Oberster Gerichtshof muß sich zur Zeit mit einem Thema beschäftigen, das angesichts der häufigen Spannungen und Dispute zwischen Nepal und Indien an Brisanz kaum zu überbieten ist. Zum einen geht es um die Frage, ob der Vertrag von Sugauli von 1816, der den Krieg zwischen Nepal und Britisch-Indien (1814-16) formell beendete, noch Gültigkeit besitzt. Durch diesen Vertrag wurden die Grenzen Nepals gegenüber Indien dauerhaft festgelegt; lediglich einige von den Briten annektierte Taragebiete wurden in den Folgejahren wieder zurückgegeben. Nepal verlor damals rund ein Drittel seines Territoriums, das sich aufgrund der Eroberungszüge der Vorjahre vom Tista im Osten bis zum Kangada im Westen erstreckt hatte.

Bei der Klärung der Gültigkeit muß sich der Oberste Gerichtshof automatisch auch mit dem Friedens- und Freundschaftsvertrag vom 31. Juli 1950 beschäftigen, durch dessen Unterzeichnung das unter starkem indischen Druck stehende Rana-System hoffte, seine Macht wieder festigen zu können. Dieser Vertrag von 1950 erklärte nämlich alle früheren Verträge und Abkommen zwischen den beiden Staaten für ungültig.

Zunächst einmal hat der Oberste Gerichtshof beratende Unterstützung durch die 'Nepal Bar Association' angefordert. Später soll der Frage nachgegangen

werden, wie Artikel 1 des Vertrages von 1950 zu interpretieren ist, der beide Staaten zur gegenseitigen Achtung von Souveränität und territorialer Integrität auffordert. Schließlich wird der Oberste Gerichtshof das Verhältnis der beiden Verträge durchleuchten und entscheiden müssen, welcher von beiden fortan aus nepalischer Sicht Gültigkeit haben soll.

Streik wegen Einführung der Mehrwertsteuer

Am 4. August organisierte das 'Action Committee of the Nepal Chamber of Commerce' im Kathmandul eine sogenannten "businessmen's bandh", wegen der von der Regierung für November beschlossenen Einführung einer zehnzehnten Mehrwertsteuer. Der Streik erwies sich aus Sicht der Organisatoren als erfolgreich. Auf einer Pressekonferenz forderte das Aktionskomitee den Verzicht auf die Einführung der Mehrwertsteuer und die Abschaffung der Einkommensteuer für Bankkonten mit Einlagen von über 500.000 Rupien.

Überschwemmungen und Erdstöße in Ilam

Gewaltige Niederschläge führten am 9. August im ostnepalischen Ilam-Distrikt zu Überschwemmungen und Erdstößen, denen mindestens 21 Menschen zum Opfer fielen. Anwohner sprachen von den heftigsten Regenfällen seit Menschengedenken. Als besonders nachteilig erwies sich, daß die Menschen im Schlaf von den Fluten überrascht wurden.

Die Wassermassen hinterließen eine Spur der Zerstörung. Das im Bau befindliche Puwakhola-Wasserkraftprojekt wurde von den Wasser- und Geröllmassen fast völlig zerstört. Im benachbarten Kanyam Tea Estate wurden rund 40.000 Teepflanzen vernichtet. Besonders stark betroffen sein soll auch Ilam Bazar, der Sitz der Distriktverwaltung. Insgesamt werden die Schäden auf mindestens 20 Millionen Rupien geschätzt. Betroffen von den Folgen der Überschwemmungen in Ilam war auch der südlich angrenzende Jhapa-Distrikt. Dort meldete das Kankai-Bewässerungsprojekt Schäden von rund vier Millionen Rupien. Schwere Überschwemmungen wurden auch aus Westnepal gemeldet, wo der Karnali über die Ufer trat.

TV-Übertragung der Parlamentsdebatten

Seit dem 10. August dürfen sich Nepals Parlamentarier von der Öffentlichkeit beobachtet fühlen. 'Nepal TV' überträgt seither einstündige Zusammen-

schnitte der Parlamentssitzungen. Im Vorfeld mahnte Parlamentssprecher Ram Chandra Poudel zu besonnenem Verhalten. In der Vergangenheit waren die Abgeordneten nicht nur durch verbale Ausfälle, sondern gelegentlich sogar durch Handgreiflichkeiten, Sit-ins und ähnliches negativ in Erscheinung getreten. Ein weiteres Übel, über das in letzter Zeit Klagen laut wurden, ist das zunehmende Fernbleiben der Abgeordneten von den Sitzungen. Viele erscheinen nur kurz, um sich in die Anwesenheitslisten einzutragen.

Christliche Missionstätigkeiten

Die 'World Hindu Federation' (WHF) beschuldigt die in Nepal tätige christliche 'Adventist Development and Relief Agency' (ADRA) verfassungswidriger Aktivitäten. ADRA konvertiere zahlreiche Nepali zum Christentum unter Mißbrauch von Entwicklungshilfegeldern. Die Organisation beute die nepalische Bevölkerung aus und mische sich in die nepalische Außenpolitik ein, indem sie illegale Aktivitäten in Tibet und Bhutan von Nepal aus koordiniere. Die WHF drohte mit landesweiten Demonstrationen ab dem 11. August. Sie forderte die Regierung auf, auch andere christliche Hilfsorganisationen wegen ähnlicher Tätigkeiten zu überprüfen.

Zweitätiges Seminar zu den Rechten indigener Völker

Anfang August organisierte das 'Nepal Indigenous Peoples Development and Information Service Center' (NIPDISC) in Kathmandu ein Seminar zu Förderung und Schutz von Rechten indigener Völker. Die Teilnehmer erzielten Einigung in der Frage, daß die Menschenrechte der zahlreichen ethnischen Gruppen des Landes besonders geschützt werden müßten. Der Staat müsse sich besonders um Bildung, Gesundheit, Umweltbedingungen und die Bewahrung der ethnischen Kulturen bemühen. Der frühere Minister Narahari Acharya betonte die Notwendigkeit des Erhalts der jeweiligen kulturellen Identität. Das Recht auf Gleichheit, das die Verfassung garantiere, bestehe bisher lediglich auf dem Papier.

Mitgift als zunehmendes Problem

Mitglieder des Repräsentantenhauses machten darauf aufmerksam, daß die Mitgift zunehmend zu einem Problem in den Tarai-Distrikten wird, unabhängig von der Kastenzugehörigkeit. Selbst Frauen mit einer sehr guten Ausbildung hätten inzwischen große Probleme einen passenden Ehemann zu finden, weil ihre Eltern nicht in der Lage seien, die hor-

renden Mitgiftforderungen der Familie des Bräutigams zu erfüllen. Als eine Folge sei die Selbstmordrate unter Frauen aus armen Familien deutlich angestiegen. Außerdem würden viele Frauen von der Familie, in die sie hineinheiraten, gefoltert und manchmal sogar ermordet, weil sie nicht mit den Mitgiftzahlungen nachkommen könnten. Viele Eltern gingen dazu über, ihre Töchter sehr jung an ältere Männer als Zweitfrauen zu verheiraten, weil sie die Mitgiftforderungen der jüngeren Männer nicht erfüllen können, sagte der UML-Abgeordnete Jagadish Prasad Kushiyat.

Stellung der Frau im 'muluki ain'

Das Repräsentantenhaus diskutierte Mitte August die überfällige Änderung des 'muluki ain', dem nepalischen Gesetzeskodex. Der Oberste Gerichtshof hatte bereits vor Jahren die Gesetzgeber aufgefordert, die darin enthaltenen Ungleichbehandlungen für Frauen zu beseitigen, weil diese ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung seien. Das Gesetz sollte ursprünglich schon Ende vergangenen Jahres von der Deuba-Regierung präsentiert werden, doch mußte dies wegen diverser Regierungskrisen verschoben werden.

Notlandung einer RNAC-Maschine

Am 14. August mußte eine Maschine der 'Royal Nepal Airlines' auf dem Flug

von Paris über Frankfurt nach Kathmandu in Istanbul notlanden. Es befanden sich 145 Passagiere und neun Besatzungsmitglieder an Bord. Die Maschine befand sich gerade im türkischen Luftraum in einer Höhe von 37.000 Fuß, als an der linken Cockpitscheibe ein Feuer ausbrach und sich Risse in der Außenscheibe bildeten. Der Pilot ging sofort im Steilflug auf 15.000 Fuß hinunter und landete anschließend die Maschine im 70 Meilen entfernten Istanbul. Nach Aussagen von Experten hätte ein Platzen der Scheibe in dieser Höhe für alle Insassen den Tod bedeutet. Die Passagiere wurden in einem Hotel untergebracht, da die notwendige Reparatur mindestens zwei Tage in Anspruch nahm.

Flugverbindung zwischen Nepal und Österreich

Nepal und Österreich haben ein Abkommen unterzeichnet, das die Aufnahme einer Flugverbindung zwischen beiden Ländern mit sieben Flügen pro Woche vorsieht. Eine österreichische Fluggesellschaft soll Anfang 1998 Flüge zwischen Wien und Kathmandu aufnehmen. Sowohl die 'Royal Nepal Airlines' als auch private Fluggesellschaften haben auf nepalischer Seite Interesse bekundet.

Zum Tode von Shankar Koirala

Anfang August starb einer der bedeutendsten nepalischen Romanautoren, Shankar Koirala, im Alter von 65 Jahren. Koiralas erste Erzählung erschien 1946 in der Zeitschrift 'Sharada'. Erst 1961 veröffentlichte er mit 'Khairini Ghat' seinen ersten Roman. Er handelt vom Leben der als Fischer und Fährleute tätigen Majhi in einem kleinen Dorf am Sun Koshi. Shankar Koiralas erfolgreiches Werk, 'Khairini Ghat', wurde auch ins Englische übersetzt. Im Gegensatz zu anderen nepalischen Schriftstellern war Shankar Koirala ein echter Nepali-Autor, der sich weder von englischer noch von der Sanskritliteratur hat beeinflussen lassen. Er hat damit der Nepali-Literatur neue Wege gewiesen. Da alle seine Werke aus Liebe zum Schreiben entstanden sind und nicht des Geldes wegen, fand er keinen Zugang zu jenen Tempeln, in denen Literaturpreise und Anerkennungen verliehen werden.

Nachruf zum Tode von Tulsi Lal Amatya

Am 1. August starb Tulsi Lal Amatya, einer der großen alten Führer der kommunistischen Bewegung Nepals, im Alter von 81 Jahren. Amatya wurde im Juni 1916 in Patan geboren. 1938 wurde er vom Tri Chandra College graduiert; seine Postgraduierung erfolgte 1943 durch die indische Lucknow University. Bereits 1933 wurde Tulsi Lal Amatya politisch aktiv, wobei er sich zwei Ziele setzte: die beschleunigte Entwicklung des Landes durch Beseitigung der sozialen Ungleichheiten und die Befreiung des Volkes von Armut und Unterdrückung. Am 15. August 1947 wurde er erstmals von den Ranas verhaftet, weil er aus Anlaß des indischen Unabhängigkeitstages in Patan eine Demonstration organisierte.

Als er sechs Monate später wieder freigelassen wurde, begab er sich nach Indien, wo er 1948 die 'Nepal Labouring Farmers Organization' gründete. Im gleichen Jahr wurde er Vorstandsmitglied des gerade gegründeten 'Nepali National Congress'. Im September 1949 zählte Amatya in Calcutta zu den Gründungsmitgliedern der 'Nepal Communist Party' (NCP). Im gleichen Jahr rief er zu einer Bewegung der Bauern auf. Die Rana-Regierung konfiszierte wegen seiner Aktivitäten zweimal sein Hab und Gut.

1959 wurde Tulsi Lal Amatya bei den ersten freien Parlamentswahlen als einer der vier Abgeordneten der NCP gewählt. Nach dem Staatsstreich König Mahendras vom 15. Dezember 1960 sah sich Amatya genötigt, für 18 Jahre im indischen Exil zu leben. Erst im Vorfeld des nationalen Referendums und der damit verbundenen Generalamnestie kehrte er 1979 nach Nepal zurück. 1990 gehörte die von Amatya geleitete Splittergruppe der NCP zu den Trägern der Demokratiebewegung.

Nach einigen Kooperationsversuchen mit anderen kommunistischen Splittergruppen schloß sich Tulsi Lal Amatya schließlich mit seiner gesamten Gruppe der CPN-UML an. Seine Partei würdigte ihn nach der Bildung der linken Minderheitsregierung mit dem Amt des nepalischen Botschafters in der Volksrepublik China, doch konnte er dieses Amt aufgrund der Postenvergabepolitik der nachfolgenden Deuba-Regierung nur kurz wahrnehmen. In der auch innerhalb des linken Lagers umstrittenen Frage der Einführung einer Republik sprach sich Tulsi Lal Amatya für eine Abschaffung der Monarchie aus, was ihm innerhalb Nepals Kritik eingebracht hat.

Mit dem Tode Amatyas wurde die Zahl der alten Politikergarde des Landes weiter reduziert. Die über die Parteigrenzen hinweg reichenden Stellungnahmen zahlreicher nepalischer Politiker zu seinem Tode machten deutlich, daß Tulsi Lal Amatya zu den wenigen Politikern Nepals gehörte, für die Ideale noch wichtiger waren als Posten und persönliche Macht.

(KHK)